



# Der Weg zur Klimahölle ist mit Freihandelsabkommen gepflastert

CETA, EU-Mercosur & Co. – heiße Luft überall – die Handelspolitik der EU heizt den Klimawandel an. Mit den Abkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten und dem CETA-Abkommen mit Kanada stehen zwei Freihandelsverträge auf der Agenda, die der notwendigen klimapolitischen Kehrtwende diametral entgegenstehen.

Der Amazonas Regenwald brennt. Er wird für Sojaanbau und Rinderzucht weiter hergerichtet, eben das Geschäft, das mit dem Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay ausgebaut werden soll. Soja für die Massentierhaltung, damit wir noch mehr billiges Fleisch produzieren, essen und exportieren können – schlecht für die Tiere, für das Klima, den Regenwald und unser Grundwasser.

Gleichzeitig werden hierzulande bäuerliche Betriebe vom Markt gedrängt, auch weil weitere Handelsabkommen wie CETA zu billigen Agrarimporten führen.

In Kanada ist bereits ein Gebiet von der Größe Frankreichs in eine Mondlandschaft verwandelt worden, um Teersandöl zu gewinnen. Die indigene Bevölkerung wird dabei vergiftet und stirbt an Krebs. Die EU-Kommission sah schon 2009 ein Problem darin, dass Kraftstoffe aus Teersandöl besonders CO<sub>2</sub>-intensiv sind, aber dank CETA geht das schon in Ordnung. Weil Handelsvereinbarungen durch Sanktionsmöglichkeiten wie Strafzölle gesichert sind, Nachhaltigkeitsziele aber nicht, haben Fossil-Konzerne nun die Sicherheit, dass ihr – unter Verletzung von Menschenrechten und Klimazielen – produziertes Teufelszeug stets zollfrei in

die EU exportiert werden kann. Bislang ist CETA nur vorläufig in Kraft. Die endgültige Ratifizierung kann und muss verhindert werden!

**Frei sind nur die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne – nicht die Bürger\*innen**

Bei EU-Freihandelsabkommen bezieht sich die Vorsilbe „frei“ auf die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne. „Handelshemmnisse“ werden knallhart beseitigt, und das sind längst nicht nur Zölle. Praktisch jedes parlamentarisch beschlossene Gesetz zum Schutz des Klimas, der Umwelt, der Beschäftigten, der Verbraucher\*innen kann nach dieser Logik den Handel ‚hemmen‘: ‚Freihandel‘ als Freibrief für Profite aus Ausbeutung und Zerstörung.

**Investor-Staat-Schiedsgerichte sichern das System ab**

Damit auch wirklich gar nichts anbrennen kann, sichert man in CETA Sonderklagerechte für ausländische Investoren vor internationalen Schiedsgerichten ab, die globalen Konzernen bereits in vielen Fällen milliarden-schwere Entschädigungen zugesprochen haben.

Wofür? Dafür, dass sie etwa durch neue Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetze vermeintlich ‚indirekt enteignet‘ oder nicht ‚fair und gerecht‘ behandelt wurden, weil ihre Investitionen ja dann nicht mehr so viel geheiligten Profit abwarfen. Beispielsweise haben die Niederlande beschlossen, für die Erreichung der Klimaziele die Kohlekraftwerke abzuschalten. Dagegen bereitet nun der

deutsch-finnische Energiekonzern Uniper eine Schiedsgerichtsklage nach dem Energiecharta-Vertrag vor. Vorbild ist Energieriese Vattenfall, der von Deutschland wegen des Atomausstiegsgesetzes Schadensersatz von 4,7 Milliarden Euro einklagt.

Dabei ist die Erderwärmung mit ihren Deadlines – der Ausdruck ist wörtlich zu nehmen – seit Jahrzehnten bekannt. Da könnte man auf die Idee kommen, dass es in der Verantwortung der Unternehmen läge, rechtzeitig aus der Kohle-, Öl- und Gasförderung auszusteigen und „Vermögen“ in Form von Förderrechten in der Erde zu belassen! Tatsächlich aber werden durch Freihandelsverträge wie CETA fossile Rohstoffe, ihre Förderung, Durchleitung und Verarbeitung besonders geschützt und privilegiert.

### **Das CO2-Budget ist begrenzt**

Es können nur noch ca. 400 Mio. Gigatonnen fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Bei den aktuellen Emissionen sind spätestens in zehn Jahren die Kippunkte erreicht und die Klimaerwärmung verschärft sich unkontrollierbar. Konzerne machen Geschäfte, in denen sie mehr oder weniger Umwelt verbrauchen. Und sie verkaufen die SUVs, mit der Behauptung, die Gewinne sollten der Entwicklung umweltverträglicher Autos dienen. Die Gewinne hatten sie jedoch schon vor 20 Jahren und das Problem der Erderwärmung war auch schon bekannt. Aufgabe der Politik wäre es, spätestens jetzt anzugeben, was in Zukunft nicht mehr geht. Aber im EU-Mercosur-Abkommen geht es um mehr Maschinen und SUVs im Tausch mit Soja und Rindern. Dafür soll der Regenwald „in Wert gesetzt“ werden, mit Brandstiftung, Verletzung von Menschenrechten, Mord und Totschlag. Dieses Abkommen ist brandgefährlich! Die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens kann und muss verhindert werden!

### **Auch bei Handelsabkommen gilt: Mensch und Umwelt vor Profit!**

Handelsabkommen müssen an gesellschaftlichen Zielen ausgerichtet sein, das beinhaltet auch den Schutz von Umwelt und Klima. Eine Jeans hat schon zigtausend Kilometer hinter sich, bevor sie im Laden liegt, weil jeder

Verarbeitungsschritt auf einem anderen Kontinent stattfindet. Wenn sie dann trotzdem nur 20 Euro kostet, kann man wissen, wer den Preis dafür zahlt.



Lebensmittelproduktion sollte vor allem regional erfolgen; und wenn wir Kaffee und Kakao genießen wollen, sollten wir gleichzeitig sicherstellen, dass deren Produzenten nicht vom Weltmarkt und gigantischen Weltkonzernen erdrückt werden. Kaffeebauern nagen chronisch am Hungertuch, der Bananenanbau ist in der Hand von Großkonzernen, Kakao wird größtenteils mit Kinderarbeit erzeugt, und Beschäftigungswirkungen und Wertschöpfung entstehen bei Konzernen wie Nestlé in Europa. Das Agrobusiness schreibt sich die Verantwortung für die Ernährung der zukünftigen 10-Mrd.-Weltbevölkerung zu, ernährt aber heute nur 30 % und verbraucht dafür 2/3 der Ressourcen. Den anderen Menschen bleibt dann nur noch der Raubbau – an der Umwelt, ihrer eigenen Gesundheit oder der ihrer Mitmenschen. Menschenrechte, Klimaschutz und Umwelt müssen Vorrang vor dem vermeintlichen Recht auf Profit haben.

**Erste Schritte auf dem Weg dazu sind ein deutsches Lieferkettengesetz, ein verbindlicher Vertrag der UNO zu Menschenrechten und Wirtschaft sowie die Verhinderung der Freihandelsabkommen CETA und EU-Mercosur.**

V.i.S.d.P.  
Klaus Berger  
Münchener Straße 48  
64293 Frankfurt a.M.



### **AG Welthandel**

[attac.de/ceta](http://attac.de/ceta)  
[attac.de/mercotur](http://attac.de/mercotur)  
[attac.de/binding-treaty](http://attac.de/binding-treaty)